# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 584 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 Redaktion von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20519

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 25. November

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 58 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale


## Neueste Tagesnachrichten

* Der parlamentarische Untersuchungsausschuß beschloß, zunächst das Auslandsmaterial zu prüfen.

* Der „Augsburger Abendzeitung" zufolge soll ein Reichs-Viehmonopol geschaffen werden.

* Das englisch-lettische Oberkommando im Baltikum setzt seine Angriffe gegen die Truppen des Generals Eberhard planmäßig fort. Fünf Flüchtlingszüge wurden von den Feinden zusammengeschossen.

* Die lettische Presse verlangt die restlose Kapitulation der Vermondtstruppen. Die Ententekommission traf in Riga ein.

* Mit der Bildung des neuen belgischen Ministeriums ist de la Croix vom König betraut worden.

## Prüfung des Auslandsmaterials

Untersuchungsausschuß.

Von unserem hf-Sonderberichterstatter.

Berlin, 24. November.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat heute eine interne Sitzung abgehalten, in der beschlossen wurde, vorerst das gesamte Material der Entente, soweit es durch Kauf zu erreichen ist, zu beschaffen, vor allem das Gelbbuch der französischen Regierung. Erst nach Durchsicht des gesamten Materials soll entschieden werden, welcher Punkt an erster Stelle zur Verhandlung erscheinen soll. Hierzu wird abhängen, welcher Zeuge vor dem Ausschuß zu erscheinen hat.

## Die verzweifelte Lage im Baltikum

Berlin, 24. November. (Privattelegramm.)

Ueber die Lage im Baltikum wird berichtet: Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandis, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von den Litauern zusammengeschossen worden. Bisher sind 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offenzuhalten, damit wenigstens der Rücktransport der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet zurück. Die aufgelösten Reste des linken Flügels, meist mit Russen besetzend, sollen sich im Raume Murajewo—Popelsjany versammeln. Nach Abmarsch der Gruppe Plehwe, die bei Libau stand, ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen. Sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekuln gesichert. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Radziwillischki ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin in Szylann vorgedrungen. Die von Schaulen ausgehenden Zügen sind bis Szylann in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission in Schaulen erwartet. Im ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt.

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 24. November.

Das Kabinett hat sich in seiner heutigen Nachmittagssitzung mit den außerordentlich schwierigen und ernsten Verhältnissen im Baltikum befaßt. Einzelheiten über die angebrachten Maßnahmen waren bisher noch nicht zu erfahren. Die Botschafterkommission zur Führung der baltischen Angelegenheit hat die Forderung großer Truppenmassen, die die Deutschen im Baltikum zu Hilfe kommen sollen, abgelehnt.

## Herr v. Simson in Berlin

Berlin, 24. November.

Die Geheimen Legationsräte v. Simson und Grappert und die anderen Mitglieder der Kommission, die zu den Verhandlungen nach Paris entsendet worden war, sind heute früh in Berlin eingetroffen. Mittags erstatteten sie im Auswärtigen Amte dem Unterstaatssekretär v. Haniel Bericht und es fanden die ersten Besprechungen statt. Der Eindruck war, wie es scheint, kein besonders günstiger. Auf Seiten der Entente hatte sich ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, als es sich um die Herausschiebung des Termins, der für die Entsendung der deutschen Delegation in Aussicht genommen war, und um die Frage, ob über die angeblich unerfüllten Waffenstillstandsbedingungen und über die neuen Forderungen mündliche Erörterungen stattfinden sollten, handelte. Die Forderungen aber, bei denen die Entschädigung für die bei Scapa Flow versenkten deutschen Schiffe im Vordergrunde steht, werden den wesentlichsten Punkten offenbar aufrechterhalten. Aus diesem Grunde haben Herr v. Simson und die anderen Mitglieder der Kommission geglaubt, keine selbstständige Entscheidung treffen zu können, und sie sind nach Berlin abgereist, um sich hier neue Instruktionen zu holen. Die Ententemächte und da sich geltend machende Ansicht, daß die ablehnende Haltung, die der amerikanische Senat gegenüber der Ratifizierung des Versailler Vertrages einnimmt, Frankreich und England zu einer freundlicheren Verhandlungsmethode veranlassen dürfte, halten wir für irrig. Die Vertreter Frankreichs und Englands in Paris dürften zunächst weit eher darauf bedacht sein, zu zeigen, daß die Entente sich in ihren Entschließungen nicht durch das Verhalten des amerikanischen Senats beeinflussen läßt.

Paris, 24. November.

In dem Blatte „La Presse de Paris" schreibt der „Temps": Nach Mitteilung aus Berlin widersprechen die Deutschen hauptsächlich drei Bestimmungen des Protokolls über des Friedensvertrags, zunächst der Verantwortlichkeit für die Vernichtung der deutschen Flotte in Scapa Flow. Darauf könne man besten die britische Regierung antworten. Ferner erklärte die Reichsregierung, daß die öffentliche Meinung in Deutschland ihr nicht gestatte, den Alliierten die Deutschen auszuliefern, die Verbrechen gegen das Völkerrecht begangen hätten. Aber die Alliierten könnten nicht zulassen, daß eine Bestimmung verletzt werde, die die Gerechtigkeit versinnlicht. Endlich widerspreche man in Berlin, weil das vom Fünferrat festgestellte Protokoll militärische oder andere Maßnahmen vorsehe. Dies sei mit dem Friedenszustand unvereinbar. Der Friedenszustand von Frankfurt sah auch eine militärische Maßnahme vor, falls die französische Regierung nicht pünktlich für den Unterhalt der deutschen Besatzung sorgen würde.

Laut „Presse de Paris" bildet die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe, die der deutsche Diplomat angebe, seien nicht überzeugend. Wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll befragen, so mache er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn des Novembers bekannt. Es könne sich also nur um ein Manöver handeln. Deutschland wolle das Zögern des amerikanischen Senats ausbeuten. Aber dieses Manöver werde der Fünferrat durchkreuzen. Uebrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen.

## Der wankende Regierungsblock

Das Betriebsrätegesetz mocht den Regierungsparteien wieder einmal großes Kopfzerbrechen. Nach allem, was wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist kaum damit zu rechnen, daß die Demokraten von dem Standpunkt ihres Kompromißvorschlages zu Abstzg 12 abweichen werden, obwohl allerdings ein Teil des linken Flügels der Partei zu Zugeständnissen bereit scheint. Das Zentrum hat sich vorläufig Entschließungsfreiheit vorbehalten, seine Stellungnahme ist noch völlig ungeklärt. Ein Teil des Zentrums ist gleichfalls zu Zugeständnissen bereit, doch dürfte die Partei in ihrer Gesamtheit sich nicht für die Auffassung der Sozialdemokraten aussprechen.

*

## Die Auslieferungsliste

Bern, 24. November.

Aus London wird gemeldet: Die Information der „Daily Mail", daß die Alliierten die Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs verlangen wollen, bestätigt sich nicht. Die zwischen den Alliierten geführten Verhandlungen über die Auslieferungsfrage haben ein vorläufiges Ergebnis erzielt, das die Auslieferung einer ganzen Reihe bekannter deutscher Persönlichkeiten vorsieht, zu denen jedoch die beiden Heerführer nicht gehören. Den „Daily News" zufolge stehen auf der ersten Liste achtzig Deutsche, darunter der frühere Kaiser, der frühere Kronprinz und Admiral Tirpitz. Die Zusammensetzung des alliierten Gerichtshofes, vor dem sich die betreffenden deutschen Persönlichkeiten verantworten sollen, ist noch nicht erfolgt, es steht aber fest, daß der Vorsitz einem englischen Richter übertragen werden soll.

## Hindenburgs Dank

Berlin, 24. November.

Wir werden um Veröffentlichung nachstehender Kundgebung ersucht:

„Gelegentlich meiner Reise nach und von Berlin sowie während meines Aufenthaltes daselbst und nach meiner Rückkehr nach Hannover sind mir wieder von einzelnen wie von Vereinigungen zahlreiche Beweise freundlicher Gesinnung in Form von Begrüßungsschreiben, Telegrammen, Blumen und sonstigen Gaben entgegengebracht worden. So sehr mich diese Aufmerksamkeiten erfreut haben, so wenig bin ich in der Lage, meinen herzlichsten Dank hierfür einzeln auszusprechen. Ich bitte daher, dies ausschließlich durch diese Veröffentlichung tun zu dürfen.

Hannover, 23. November 1919.

von Hindenburg, Generalfeldmarschall."

## Die Ratifizierung in Washington

Frankfurt a. M., 24. Nov.

Washingtoner Berichte bestätigen, daß die Beratungen des Senats über die Ratifizierung des Friedensvertrages Mitte oder Ende Januar 1920 beginnen werden. Während der Dezembersession wird vor allem Comios Eisenbahnvorschlag zur Sprache gebracht werden. Die Republikaner sind der Ansicht, daß während der Zeit bis zu dem Beginn der Verhandlungen und deren Abschluß wohl die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika erfolgen kann, ebenso wie der kommerziellen Beziehungen. Die notwendige Wiederaufnahme des Handels kann nach Ansicht der Republikaner durch den amerikanischen Gesandten und die deutschen diplomatischen Vertreter in Paris stattfinden.

## Englands wahrer Kriegsgrund

So merkwürdig es klingt, so wahr ist es doch, daß sich ein großer Teil des deutschen Volkes noch immer nicht im Klaren ist über den wahren Kriegsgrund und das eigentliche Kriegsziel des großbritannischen Weltreiches. Diese Tatsache muß um so sonderbarer erscheinen, als von maßgebender englischer Seite niemals ein Hehl daraus gemacht worden ist, um was England in den Krieg gezogen ist und was es durch ihn erreichen wollte. Schon jahre-, jahrzehntelang ist das jedem, der es hören wollte, mit eindeutigen und klaren Worten gesagt worden. Wir führen aus der Fülle der Zeugnisse vor dem Kriege nur das Urteil der höchst angesehenen und vornehmen Zeitschrift „Saturday Review" an, die bereits im September 1897 schrieb:

**„Englands Gedeihen kann nur gesichert werden, wenn Deutschland vernichtet wird. Wenn Deutschland morgen aus der Welt vertilgt würde, so gäbe es übermorgen keinen Engländer in der Welt, der nicht um so viel reicher würde."**

Was in dem letzten Satz schlagwortartig zum Ausdruck gebracht ist und sich auch dem einfachen Mann in England fest ins Gehirn prägte, das tönte in unendlichen Variationen zu uns herüber. Englands Kriegsgrund war das wirtschaftliche Aufblühen des Deutschen Reiches, der wachsende Wohlstand unseres Volkes, das sich im friedlichen Wettbewerb der Nationen immer weitere Plätze auf dem großen Weltmarkte eroberte und durch seinen Fleiß und seine Tüchtigkeit das englische Volk, das weniger arbeiten als herrschen wollte, langsam zu überflügeln begann. Das ist auch während des Krieges in England immer wieder ausgesprochen worden, damit gerade der Mann im Volke unter den aufreibenden Sorgen des Alltags das Ziel der englischen Politik nicht aus dem Auge verliere. Auch aus dieser Zeit wollen wir unter vielen englischen Erklärungen nur wieder eine anführen, aber eine, die von sehr beachtlicher Seite stammt: der Oberste englische Gerichtshof fand sich am 21. Dezember 1915 bereit, in einem Urteil auszusprechen:

**„Die Zerstörung der kommerziellen Blüte Deutschlands ist Englands Kriegsziel."**

Angesichts dieses klaren und festen Willens Englands mußten die deutschen Friedensangebote das Gegenteil von dem bewirken, was sie beabsichtigten: den Eindruck deutscher Schwäche erwecken, der England nur noch mehr anspornte, auszuhalten, um sein Kriegsziel zu erreichen, denn Deutschland sei ja, so sagte man sich dort, nahe am Erlahmen, da werde es schon gelingen, seine wirtschaftliche Blüte zu zerstören, damit jeder Engländer reicher werde. Diesem Ziele diente auch das Eingreifen der Amerikaner, über das die große englische Zeitung „Daily Telegraph" am 17. Oktober 1917 eine offizielle Verlautbarung brachte, in der es hieß:

**„Die Amerikaner haben beschlossen, daß Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht erdrosselt werden muß."**

Die enge wirtschaftliche Interessengemeinschaft der beiden angelsächsischen Reiche geht auch aus diesen Worten wieder klar hervor. Das deutsche Aufblühen stand beiden im Wege. Darum hat Wilson auch von Anfang an die Entente wirtschaftlich und mit Kriegsgerät unterstützt und in dem Augenblick die Vereinigten Staaten auch formell in den Krieg gegen Deutschland gebracht, als dieses durch die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges die Lieferungen Amerikas an die Entente zu unterbinden beschloß, und als dadurch die Aussicht auf die Erreichung des englischen Kriegszieles zu schwinden begann. Die Behauptung, daß Amerika nur durch deutsche „Greuel" und den „völkerrechtswidrigen" U-Bootkrieg in den Krieg getrieben worden sei, hat Wilson im amerikanischen Senat nun selbst zunichte gemacht, indem er erklärte, Amerika wäre auf alle Fälle in den Krieg gegen Deutschland eingetreten. Sein Eintritt war für den Augenblick in Aussicht genommen, in dem sich die Wage des Kriegsglücks zugunsten Deutschlands zu senken beginnen würde, in welchem das anglo-amerikanische Kriegsziel gefährdet erscheinen müßte.

Wie die Zeitschrift „Saturday Review" lange vor dem Kriege, so hat nach siegreicher Beendigung des Krieges wieder jemand das englische Kriegsziel auf eine kurze, sich leicht einprägende Formel gebracht, um es den breiten Massen nicht aus dem Gedächtnis schwinden zu lassen. Auf Veranlassung des englischen Königs ist der Jahrestag des Abschlusses des Waffenstillstandes in England zum Gedenktag für die gefallenen Soldaten bestimmt worden, und in einer königlichen Verordnung wurde verfügt, daß für die Zeit von zwei Minuten eine vollständige Arbeitseinstellung und ein vollständiger Verkehrsstillstand in ganz England eintreten sollte. Am 11. November um 11 Uhr vormittags legte dann der englische Ministerpräsident Lloyd Georges am Gedenkstein für die im Kriege gefallenen Soldaten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911251-12/fragment/page=0001

einen Kranz nieder, der die vom Ministerpräsidenten eigenhändig geschriebene Widmung trug:

**„Ein bescheidenes Zeichen der Dankbarkeit gegenüber denen, die dafür gestorben sind, daß wir um so reichlicher leben können.“**

Diese eine grundtiefe Wahrheit aussprechenden Worte sollten sich auch alle Deutschen in Herz und Hirn prägen und sie von allen Illusionen befreien. Leider aber wucherten und wuchern diese gerade dort in üppigster Fülle, wo diese am allerverderblichsten wirken: in der Regierung. Als der Krieg schon jahrelang tobte, erzählte man sich in maßgebenden Regierungskreisen und weiten Volksschichten noch immer, veranlaßt durch den von den jetzigen Regierungsparteien gestützten Kanzler v. Bethmann Hollweg, daß England eigentlich ganz gegen seinen Willen in den Krieg gegen Deutschland gerissen worden wäre. Da es sich durch enge Bündnisse an Frankreich und Rußland gekettet hatte, mußte es nun auch wohl oder übel am Kriege teilnehmen, nachdem der Kriegszustand zwischen Frankreich und Rußland einerseits, und Deutschland andererseits erklärt war. Deshalb könne man England zuerst auch wieder durch eine Verständigung gewinnen und müsse bestrebt sein, es durch unangenehme Kriegsmittel (Flugzeugangriffe auf London, giftige Gase im Felde, U-Bootkrieg usw.) nicht allzusehr zu reizen, sondern es durch kluges Nachgeben und nüchternes Zurückweichen zu versöhnen. Diese Auffassung kam noch im Jahre 1918 in der mit Regierungsgeldern finanzierten und offiziös inspirierten „Deutschen Korrespondenz“ zum Ausdruck, in der es in Nr. 30 hieß: „Die törichste aller alldeutschen Leistungen ist das systematisch betriebene Klagen über Englands angebliche Weltherrschaft.“ Wenn man bedenkt, daß Artikel auf der Grundlage einer solchen politischen Auffassung dreimal wöchentlich während des ganzen Krieges in dem größten Teil der demokratischen und sozialdemokratischen Presse Deutschlands erschienen, dann kann man begreifen, daß in den breiten Massen eine politische Richtung herrschend wurde, welche die „Times“ einmal veranlaßte, von der „flökenden Dummheit“ des deutschen Volkes zu sprechen. Bekannt ist wohl noch, daß diese Zeitung nach den wiederholten deutschen Friedensangeboten geschrieben hatte: „Die Deutschen haben noch nicht einmal den Sinn dieses Krieges verstanden.“ Damit dürfte das englische Blatt, soweit die von den heutigen Regierungsparteien vertretenen Kreise unseres Volkes in Frage kommen, nicht im Unrecht sein und das Richtige getroffen haben, was deutscherseits zum Verlust des Krieges wesentlich beigetragen hat: die gänzliche Verkennung des englischen Kriegszieles, wie es von der englischen Zeitschrift „Saturday Review“, vom Obersten englischen Gerichtshof und von Lloyd George so überaus plastisch formuliert worden ist. Nun ist dies Kriegsziel erreicht. In England wird der Wohlstand zunehmen, und in Deutschland wird die Verarmung zunehmen, die natürlicherweise die arbeitenden Schichten unseres Volkes am meisten treffen muß, wenn vorübergehend auch der Flitter phantastischer Löhne darüber hinwegzutäuschen scheint.

* * *

## Ein Prozeß um den Kronprinzen

**Sozialistische Verleumdung vor Gericht.**

**Frankfurt a. M., 24. November.**

Der durch sein Hervortreten im parlamentarischen Untersuchungsausschuß hinreichend bekannte Dr. Sinzheimer hat als Rechtsanwalt den Auftrag übernommen, im Namen der Frankfurter mehrheitssozialistischen „Volksstimme“ wegen Beleidigung Privatklage gegen den deutschnationalen Abgeordneten Lattmann in Kassel einzureichen. Der Prozeß wird den Lebenswandel des früheren deutschen Kronprinzen zum Gegenstand haben.

Zur Vorgeschichte wird mitgeteilt: In einer deutschnationalen Versammlung zu Fulda am 30. Oktober führte Redakteur Markwitz von der „Volksstimme“ aus, monarchistische Bestrebungen Lattmanns ließen darauf hinaus, zwar nicht den letzten deutschen Kaiser, wohl aber den Kronprinzen als Herrscher auszurufen. Er sei im Bergbau zu dessen Vater noch ein wahrer Held und eine Geistesgröße. Hundedressur sei noch das harmloseste gewesen, womit er sich in der Etappe beschäftigt habe. Hierauf sagte Lattmann: Gemeiner Lügner! Und er verlangte, daß Markwitz ihn verklage, um die Wahrheit aufzudecken. Das soll in dem Prozeß geschehen.

# Die Reichsabgabenordnung

## Nationalversammlung

**Berlin, 24. November.**

Das Haus ist schwach besetzt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Entwurfs einer Reichsabgabenordnung.

Präsident Fehrenbach stellt die ausstehenden Abstimmungen über die §§ 5, 11 und 14 abermals vorläufig zurück, macht aber darauf aufmerksam, daß er bei dem nächsten strittigen Paragraphen auch über die ausstehenden anderen Paragraphen abstimmen lassen werde.

Beim dritten Abschnitt, Finanzämter, spricht

Abg. Brodauf (Dem.) über die Uebertragung von Steuergeschäften auf die Gemeindesteuerämter. Die Heranziehung der geübten Gemeindesteuerbeamten zur Reichssteuerverwaltung sei erwünscht.

Unterstaatssekretär Moesle: Wie weit die Gemeindesteuerbeamten zum Reichsdienst heranzuziehen werden, läßt sich noch nicht übersehen. Natürlich wird auf die geschulten Kräfte zurückgegriffen werden.

Eine große Reihe von Paragraphen wird in der Ausschußfassung mit unwesentlichen Abänderungen ohne erhebliche Debatte angenommen.

Abg. Düringer (Deutschnat.) beantragt zu § 172 folgenden Zusatz: 1. Wenn von der Steuererklärung abgewichen werden soll, sind dem Steuerpflichtigen die Punkte, in denen eine Abweichung in Frage kommt, zur vorherigen Aeußerung mitzuteilen. 2. Der Antrag soll den Grundsatz zur Geltung bringen, daß die Steuerpflicht nicht mit bewußter Entscheidung zu seinen Ungunsten ergehe.

Der Antrag wird angenommen.

Reichsfinanzminister Erzberger hebt nochmals hervor, daß der Antrag Düringer den Steuerbehörden unnötige Lasten aufbürdet. Die Steuerbehörden müßten auch zu der Ueberzeugung kommen, daß in der Steuererklärung etwas falsch sei, und daß es zu einer hohen Steuerfestsetzung komme. Auch das müßte dem Steuerzahler mitgeteilt werden, ebenso eine Abweichung zu seinen Gunsten. Es ist nicht angängig, wegen einer Laxheit den Steuerzahler herbeizuführen und deshalb empfehle er die Abänderung nach dem Antrag Becker.

§ 175 wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso § 5 nach Ablehnung der Abänderungs- und Streichungsanträge.

Zu § 11 wird ein Abänderungsantrag Löbe und Burlage angenommen, wonach die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz bis spätestens zum 1. April 1921 zu geschehen hat.

Dem § 14 wird auf Antrag Katzenstein (Soz.) ein Absatz hinzugefügt, der die Richter der Finanzgerichte für ihre dienstlichen Bestrafungen u. a. den Mitgliedern des Reichsfinanzhofs gleichstellt.

§ 194 bestimmt: „Wer Erzeugnisse, die nach den Verbrauchsabgabengesetzen zu versteuern sind, gewinnen oder herstellen will, hat dies dem Finanzamt anzumelden.“

Der Antrag Jungnickel (Soz.), zu sagen: „Wer Gegenstände gewinnen, herstellen oder umsetzen will, an deren Gewinnung, Herstellung oder Umsatz eine Steuerpflicht geknüpft ist, hat dies usw.“, wird angenommen.

In § 210 wird ein Antrag Burlage angenommen, wonach die Vorschriften des Absatzes 8 bis § 210 (Beschwerdegegen Steuerschätzungen) nicht gelten für den Fall der Verweigerung einer Verpflichtung an Eidesstatt.

In § 212 wird bestimmt, daß Neuveranlagungen zulässig sind, wenn die Nachprüfung eine eigene Veranlagung rechtfertigt, auch bei der Erbschaftssteuer.

Der Ausschuß hatte die Erbschaftssteuer davon ausgenommen.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) beantragt, die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Die Abgg. Schneider-Franken (Zentr.) und Ludewig (Dem.) sprechen gegen, Abg. Katzenstein (Soz.) für den Antrag, der angenommen wird.

Abg. Dr. Teucher (Zentr.) beantragt die Einfügung eines § 355 a, wonach straffrei bleibt, wer in unverschuldetem Irrtum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit steuerrechtlicher Vorschriften die Tat für erlaubt gehalten hat.

Abg. Dr. Stehr (Dem.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. Dr. Braun-Preußen (Soz.) beantragt zu diesem Antrag einen Zusatz, der den Antrag nach drei Jahren außer Kraft treten lassen will.

Abg. Graf zu Dohna (D. Vpt.) tritt für den Antrag Teucher ein, ist aber gegen eine zeitliche Beschränkung der Klausel.

Der Antrag Teucher wird angenommen, der Antrag Braun abgelehnt.

Ohne erhebliche Abänderungen wird nach den Beschlüssen des Ausschusses der Rest des Gesetzes angenommen.

Abstimmungen über die Entschließungen des Ausschusses, über die Petitionen, über den Lehrerausschuß, für die Ausführungsbestimmungen usw. werden zur dritten Lesung zurückgestellt.

Nächste Sitzung morgen um 1 Uhr: Anfragen und kleinere Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

*

Die deutschnationale Interpellation in der Nationalversammlung betreffend die Ernährungslage, die am Sonnabend vom Präsidenten auf die heutige Tagesordnung gesetzt worden war, konnte heute nicht zur Besprechung gelangen, da der Reichswirtschaftsminister erklären ließ, daß er erst am Freitag oder Sonnabend zur Beantwortung bereit sei. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der Reichswirtschaftsminister in einer Angelegenheit von so zweifelsfreier Dringlichkeit eine volle Woche gebraucht, um sich auf die Beantwortung vorzubereiten. Er wird nicht umhin können, daß der Eindruck entsteht, es liege der Regierung daran, durch das Hinausögern der Beantwortung der Interpellation die unmittelbare starke Wirkung zu nehmen. Ein solches Verfahren würde nur in der allgemeinen Richtung liegen, die von der Regierung sowohl wie von den Mehrheitsparteien in der parlamentarischen Geschäftsführung der Rechten gegenüber beliebt wird.

Die Sitzung des Betriebsräteausschusses der Nationalversammlung, die morgen stattfinden soll, und in der die endgültigen Bestimmungen gefaßt werden sollen, ist nunmehr auf Mittwoch vertagt. Inzwischen finden immer noch zwischen den Mehrheitsparteien Verhandlungen statt, um, wenn irgend möglich, vielleicht doch noch im letzten Augenblick zu einer Einigung zu kommen.

## Die Kohlenlage bei der Eisenbahn

In der letzten Zeit ist wiederholt auf den Kohlenmangel und die schlechte Beschaffenheit der Lokomotivkohle als wesentlicher Ursache für die Betriebsschwierigkeiten der Eisenbahn hingewiesen worden. An der Hand der nachfolgenden Zahlen mag sich der Leser selbst ein Bild darüber machen.

Die Bestände an Dienstkohle betrugen:

| | | | |
|---|---|---|---|
| am 1. August 1914 rund | 3,00 Mill. To. | = | 95 Tage Vorrat |
| am 1. Oktober 1919 rund | 0,03 „ „ | = | 5 „ „ |
| am 11. Nov. 1919 rund | 0,19 „ „ | = | 6 „ „ |
| am 20. Nov. 1919 rund | 0,18 „ „ | = | 5,4 „ „ |

im Durchschnitt. Als Mindestmaß, das noch eine glatte Betriebsführung gewährleistet, ist allgemein eine Bevorratung für 60 Tage anerkannt. Die Gründe für den Rückgang der Bestände sind in erster Linie ungenügende Belieferung der Eisenbahn mit Kohle, sodann relativ stärkerer Verbrauch. Der Verbrauch an Kohle für je 1000 Lokomotivkilometer ist von 1918 mit 14,4 Zentner bis jetzt auf 20 To. gestiegen.

Der steigende Verbrauch ist durch die schlechtere Ausnutzung der Lokomotiven infolge der Verkürzung der Dienstschichten, durch den hohen Reparaturstand und dadurch erzwungene Verwendung von Lokomotiven mit schadhafter Feuerungsanlage, vor allem aber durch schlechte Beschaffenheit der gelieferten Kohle zu erklären, die sehr viel Steine enthält.

Zur **Beamten-Besoldungsreform.** In letzter Zeit sind wieder Gerüchte über die künftige Gestaltung der Beamtenbesoldung verbreitet worden. Danach sollen die Pensionsberechtigung, die Hinterbliebenenversorgung, der Wohnungsgeldzuschuß und das Steuerprivileg künftig wegfallen. Da eine derartige Entrechtung der Beamten dem sozialdemokratischen Programm und auch Aeußerungen von Regierungsvertretern in der ersten Zeit nach der Revolution entsprechen, konnten die Gerüchte leicht Glauben finden und eine erklärliche große Aufregung in der Beamtenschaft hervorrufen. Das hat den deutschnationalen Abgeordneten Deglerk zu einer Anfrage an das Reichsfinanzministerium veranlaßt. Und es ist ihm von dort die Mitteilung zugegangen, daß irgend welche Sätze für die künftige Besoldungsordnung noch nicht feststehen und an eine Beseitigung der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung der Beamten nicht im entferntesten gedacht werde, daß der Wohnungsgeldzuschuß voraussichtlich einer neuen Regelung zugunsten der Beamten unterzogen werde und daß über die Beseitigung des Steuerprivilegs die Entscheidung noch ausstehe; das Reichsfinanzministerium fördere die Arbeiten für die Besoldungsordnung in jeder Weise und werde dem Kabinett noch im Laufe dieses Winters eine Vorlage unterbreiten zu können. Danach hätte also die sozialistisch-demokratische Mehrheit, da sie ja das Beamtenium des alten Systems nicht entbehren kann, die grundsätzliche sozialdemokratische Stellung der Beamten gegenüber aufgegeben. Das sagen der jetzigen Regierung sind allerdings mit Vorsicht aufzunehmen; aber sie wird, ob gern oder ungern, wohl die Rechte der Beamten achten müssen. Daher mögen sie sich durch die obigen Gerüchte nicht beunruhigen lassen. Es wäre aber müßig, zu ermitteln, welche Stellen ein Interesse daran haben, durch Verbreitung solcher Gerüchte Beunruhigung in die Beamtenschaft zu tragen.

**Auch das noch! Aus Dresden wird gemeldet:** Die sächsische Regierung hat bei der Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung beantragt. Die Verhandlungen schweben noch. — Es fehlt nun nur noch, daß die Erwerbslosen noch einer zusätzlichen Zeitdauer dieses Zustandes auch das lebenslängliche Pensionsrecht erlangen!

Nachdruck verboten.

# Die beiden Hildebrand

53] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

Gustav Bürklin gehorchte.

„Als ich gestern abend auf einem Geschäftsgang die Schönhauser Allee durchschritt, sah ich einen Herrn, anscheinend den besten Kreisen angehörend, bekleidet mit einem eleganten hellgrauen Anzug, mit braunen Schuhen und grauem weichen Filzhut, eiligen Schrittes die Allee durchqueren. Ich sah, wie der Herr sich flüchtig umblickte, einen Gegenstand ins Gras schleuderte und sich dann eiligst entfernte. Das Gebaren des Mannes erschien mir verdächtig, ich suchte nach dem fortgeworfenen Gegenstand und fand zu meinem Schrecken einen blutbefleckten Dolch, den ich hiermit einsende. Ich vermute, daß es sich um eine dunkle Tat handelt. Da ich leider nicht imstande bin, mich der Polizei zu langwierigen Verhören zur Verfügung zu stellen, muß ich leider meinen Namen verschweigen, gebe Ihnen aber mein Wort, daß ich Ihnen auch bei persönlicher Vernehmung nicht mehr sagen könnte, als ich Ihnen hiermit schriftlich mitgeteilt habe. Auch das Gesicht des Mannes könnte ich nicht feststellen, da ich es nur eine Sekunde lang gesehen, wegen großer Kurzsichtigkeit die Züge des Mannes wahrgenommen habe.“

Laura schwieg und Gustav Bürklin blickte auf.

„Ich würde dir raten, diesen Brief lieber in schlechter Handschrift und in schlechtem fehlerhaften Deutsch zu schreiben — so als hätte ihn eine des Schreibens nur wenig kundige Person geschrieben.“

„Auf diesen Ausweg kann nur ein Durchschnittsmensch verfallen und die Polizei wird damit rechnen. Ein Mensch mit höherer Intelligenz aber geht einen Schritt weiter und rechnet mit der Tatsache, daß die Polizei totsicher einen solchen künstlich schlechtgeschriebenen Brief für einen ungeschickten Schwindel hält. Also folge du nur meinem Rat. Und hier ist auch der Bogen, auf den du den Brief schreiben sollst.“

Damit entnahm Laura ihrer Handtasche einen zusammengefalteten Briefbogen und gab ihn Gustav herüber. Der betrachtete ihn erstaunt.

„Wie — den Briefbogen eines Hamburger Hotels?“

„Warum nicht? Den Bogen hatte ich zufällig noch von meinem letzten Hamburger Aufenthalt her. Hundertmal schon wollte ich ihn verbrennen, doch ebenso oft legte ich ihn wieder zurück. Nun findet er eine ausgezeichnete Verwendung.“

„Fürchtest du denn nicht, der Briefbogen mit aufgedruckter Firma könne irgendwie zum Verräter werden?“

„Mach dir darüber gar keine Sorgen. Alles was ich tue, das ist wohlüberlegt. Wenn die Polizei diesen Brief empfängt, so wird sie selbstverständlich nicht ohne weiteres darauf verzichten, den Absender persönlich kennen zu lernen. Sie wird sich fragen, wie kommt der Mann zu einem Briefbogen des „Deutschen Kaisers“ zu Hamburg, und selbstverständlich darauf antworten, der Schreiber sei vermutlich ein Geschäftsreisender, der in den letzten Tagen von Hamburg nach Berlin gekommen ist und der durch Zufall einen Briefbogen seines letzten Hotels in der Tasche hatte. Sie wird nun in dem Hamburger Hotel — zufällig ist es eines der größten — Nachforschungen anstellen, wer in den letzten Tagen von dort nach hier gereist sei. Natürlich sind das eine ganze Reihe von Personen. Diese müssen nun hier ermittelt werden; außerdem müssen auch die inzwischen von hier weitergereisten ermittelt und sämtlich vernommen werden. Du wirst zugeben, daß all diese Nachforschungen viel Zeit in Anspruch nehmen werden. Dadurch aber wird die Angelegenheit immer verwickelter und die Aufmerksamkeit von uns abgelenkt.“

Gustav Bürklin nickte.

„Ich sehe ein, daß dein Plan sehr geschickt ist. Ich werde ihn sofort ausführen. Hast du sonst noch irgend welche Wünsche?“

Laura erhob sich.

„Nein. Ich wünsche, daß du morgen früh von deiner angeblichen Reise zurückkehrst.“

„Gewiß. Hat man dich gefragt, wohin ich sei?“

„Nein, bis jetzt nicht. Das kann jedoch schon bei der nächsten Vernehmung geschehen. Es zeigt sich wiederum, wie töricht und kopflos du gehandelt hast, als du das Haus verließest. Dein schlechtes Gewissen hat dir einen üblen Streich gespielt.“

„Ich gebe zu, daß ich nicht klug gehandelt habe“, murmelte er. „Wenigstens hätte ich in Wirklichkeit irgendwohin fahren sollen. Das ist wohl nun zu spät. Oder meinst du, ich soll jetzt noch Berlin verlassen?“

„Das wäre ebenso zwecklos als dumm“, sprach Laura und maß Gustav mit einem spöttischen Seitenblick. „Better, du bist zwar ein Spitzbube und ein durch und durch schlechter Kerl, doch einer von der niedrigsten Sorte von Spitzbuben, weil dir jede Spur von Witz und Schlauheit fehlt.“

Sie schritt ein paarmal langsam durch das Zimmer, während Gustav, ohne auf ihre beißenden Worte etwas zu erwidern, zum Fenster trat und schweigend gegen die hohe graue Mauer starrte, die sich jenseits der Gasse erhob.

„Weiß jemand, daß du hier bist?“

„Natürlich, Frau Dorn, meine Wirtin.“

„Bist du hier polizeilich angemeldet?“

„Polizeilich angemeldet?“ fragte er, indem er mit einer höhnischen Grimasse den Kopf nach ihr umwandte. „Ich meine, du bist durch deinen Vater mit allen Geheimnissen unseres Geschäftes vertraut gemacht worden? Über diesen Punkt scheint er dennoch vergessen zu haben, mir Auskunft zu geben. Angemeldet bin ich freilich, doch nicht als Gustav Bürklin, sondern als Gustav Merten — du brauchst mich deswegen nicht so verächtlich anzusehen.“

„Ich verstehe — du unterhältst diese zweite Wohnung unter einem anderen Namen, um hin und wieder mal unerkannt verschwinden zu können.“

„Ganz recht, liebe Laura“, entgegnete er, indem er sich nun vollends zu ihr umwandte. „Doch geschah das nicht in meinem, sondern vielmehr in deines Vaters Interesse. Du wirst darüber in nächster Zeit noch allerlei interessante Dinge von mir erfahren.“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911251-12/fragment/page=0002

# Halle und Umgebung

Halle, 25 November.

## Stadtverordnetensitzung

### Einführung der neuen Stadträte
### Bewilligung der Beschaffungsbeihilfen

Die Sitzung wird vom Stadtverordnetenvorsteher Hennig eröffnet. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten und die Einführung der unbesoldeten Stadträte, die Bürgermeister Dr. Rive nach längerer Ansprache durch Handschlag auf ihr Amt verpflichtet, vorgenommen. Stadtverordnetenvorsteher Hennig spricht den Stadträten den Dank der Versammlung aus für die Bereitwilligkeit, das schwere Amt zu übernehmen. Es erfolgt alsdann die durch den Wegzug Dr. Kinnes notwendig gewordene Wahl eines besoldeten Stadtrates, die auf Stadtrat Fischer aus Posen fällt.

### Die Stadt Halle und der Mittellandkanal

Stadtverordneten-Vorsteher Hennig weist in kurzen Worten auf die Wichtigkeit des Anschlusses der Stadt Halle an den Mittellandkanal hin und empfiehlt der Versammlung, sich für die Südlinie zu entscheiden. Stadtr. Ritter (Dem.) berichtet ausführlich über die verschiedenen Projekte und hält ebenfalls das der Südlinie für das geeignetste, und zwar aus folgenden Gründen: Die Südlinie durchzieht auf der ganzen Länge gewerblich und industriell bereits hochentwickeltes und weiter entwicklungsfähiges Gebiet, während die Nord- und Mittellinie fast nur Landstrecken durchschneidet, welche gewerblich gar keine Bedeutung haben und wirtschaftlich bei dem Mangel an Rohstoffen auch nicht erhalten können. Die Südinie führt durch eine an Bodenschätzen (Kali, Braunkohle, Erze usw.) überreiche Gegend; nur durch diese Linie können die im Interesse der Unabhängigkeit vom Ausland jetzt so sehr der deutsche Volkswirtschaft besonders wichtigen Schätze des Harzes gehoben werden. Sie bietet außer der Verbindung der Elbe durch ihre natürliche Gebeinung bei Osterstedt die Möglichkeit des Anschlusses an die Saale und der zugehörigen Wasserstraßen. Hierdurch wird nicht nur das ganze mitteldeutsche Industriegebiet mit Halle in das Kanalgebiet hineingezogen, sondern die Wirkung solcher Wasserverbindung wird sich ebenfalls auf Sachsen, auf Thüringen, ja auf Nordbayern erstrecken. Die Südlinie wirkt sozial, indem sie nicht einseitig, wie z. B. bei der Mittellinie, ist, Anhäufung der in der Industrie tätigen Menschen in großen Städten herbeiführt; durch sie wird vielmehr die gerade an dieser Linie in den kleineren Städten und Dörfern bereits befindliche Industrie gefördert und weiter ausgebaut werden. Die Südlinie mit dem Anschluß an die Saale ist auch wichtig für die im Vorkriegen Bemerkbare nicht allzuferne Zeit, wo die Braunkohlenbestände Mitteldeutschlands zu Ende gehen, so daß dann die entstehenden Industriesiedelungen erhalten bleiben können durch günstige Beförderung mit anderer Kohle.

Nachdem sich sämtliche Fraktionen für den Anschluß an die Südlinie ausgesprochen haben, wird nachstehende Entschließung einstimmig angenommen.

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Halle erachtet übereinstimmend mit dem Magistrat im Interesse des Reiches, des Landes und auch der Stadt Halle die Südlinie als die richtigste. Der Durchgangsverkehr allein rechtfertigt nicht die Wahl der Nordlinie. Das Projekt der Mittellinie ist ein Kompromiß nach Namen und Inhalt, aber kein gutes, denn der Durchgangsverkehr muß einen Umweg machen, und an Zwischenortsverkehr wird es dauernd mangeln. Wir treten dafür ein, daß die Südlinie ausgebaut, daß aber gleichzeitig die Abzweigung nach der Saale beschlossen und durchgeführt wird, daß die bereits im Gesetz betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vom 24. Dezember 1911 zugesagte Verbesserung des Fahrwassers der Saale allerdings nicht für 400 Tonnen-Schiffe, sondern für Kanalschiffe rechtzeitig zur Ausführung kommt.

Im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt es, daß alle drei für das mitteldeutsche Industriegebiet nötigen Arbeiten gleichzeitig fertig werden."

Für den Ausbau der Umformeranlagen der Straßenbahn werden 830 000 Mark bewilligt, die einer neuen Anleihe zu entnehmen sind. — Eine lebhafte Aussprache entspinnt sich über den Antrag auf

### Gewährung von Beschaffungsbeihilfen.

Im Haushaltungsausschuß waren zwei Anträge eingebracht worden. Der Antrag der deutschnationalen Fraktion ging dahin, den Verheirateten und Ledigen 16 Mk., und für jedes Kind 4 Mk. wöchentlich zu zahlen, während der Antrag Olbertz-Burg für Verheiratete eine wöchentliche Zulage von 25 Mk., für Ledige von 16 Mk. und für jedes Kind von 4 Mk. vorsah. In der heutigen Stadtverordnetensitzung tritt Stadtv. Müller (Mehrh.-Soz.) für eine gleichmäßige Verteilung der Beschaffungsbeihilfen an Beamte und Arbeiter ein und stellt den Antrag, daß für Verheiratete wöchentlich 20 Mk., für Ledige 12 Mk. und für jedes Kind 5 Mk. bezahlt werden sollen. — Stadtv. Balte (Dem.): Der Antrag, die Beschaffungsbeihilfen gleichmäßig zu verteilen, wäre gerechtfertigt, wenn die Arbeiterlöhne in gleicher Weise, wie die Beamtengehälter gestiegen wären. Letztere sind aber um höchstens 80 Prozent erhöht worden, während jene durchschnittlich um 200 Prozent gestiegen sind. Ich bitte daher, den Antrag des Haushaltungsausschusses anzunehmen. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.): Im Jahre 1914 betrug der Stundenlohn für Beamte 0,45 Mk., für Arbeiter 0,35 Mk. Wenn es nun den Arbeitern gelungen ist, ihre Löhne in die Höhe zu schrauben, so tut dies nicht am guten Willen des Magistrats gelegen, sondern an dem Umstand, daß sie sich organisiert haben. Für die Beamten ist überdies immer gesorgt worden. — Stadtv. Splett (Christl. Volkspartei): Ich möchte feststellen, daß man im Haushaltungsausschuß einmütig auf dem Standpunkt stand, daß es richtiger sei, die laufenden Einnahmen der städtischen Beamten und Arbeiter zu erhöhen, als eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe zu geben. Der Antrag Steinbrück stammt übrigens nicht von diesem, sondern von dem Stadtv. Bock und ist von uns nur aufgenommen worden. — Stadtv. Dr. Carlson (Deutschn.): Eine Aufbesserung der Gehälter ist dem Magistrat unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich. Er will daher einen Ausgleich durch Gewährung der Beschaffungsbeihilfen schaffen. Die Arbeiter haben inzwischen durch die Tarifverträge eine neue Regelung ihrer Lohnverhältnisse erhalten. Im übrigen stehen die Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß den Arbeitern durch Beschaffungsbeihilfen nicht geholfen werde, sondern lediglich durch eine neue Regelung der Tarifverträge. — Stadtv. Müller (Mehrh.-Soz.) erklärt, daß die Magistratsvorlage unter den Arbeitern Unzufriedenheit hervorrufen müsse und spricht sich nochmals für eine Gleichstellung der Arbeiter wie Beamten bei der Gewährung von Beschaffungsbeihilfen aus. — Stadtv. Bock (Unabh.) äußert sich im gleichen Sinne und erklärt die Bewilligung der Wirtschaftsbeihilfen für eine Bedürfnisfrage, die aber bei einem Einkommen von 8—9000 Mk. ihre Grenze finden müsse. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.) bedauert, daß das durchschnittliche Einkommen eines Arbeiters 4—5000 Mk. betrage und sich noch um 2000 Mk. unter dem Satz bewege, der als Existenzminimum für eine vierköpfige Familie anzusehen ist.

Stadtv. Keil stellt Schlußantrag, der Annahme findet. Nachdem eine Reihe von „persönlichen Bemerkungen" erledigt ist, tritt man in die Abstimmung ein. Der Antrag Osterburg wird mit 33 gegen 30 Stimmen, der Antrag Albert Müller und Gen. mit der gleichen Stimmengahl abgelehnt, der Antrag des Haushaltsausschusses angenommen. Die Magistratsvorlage findet gleichfalls Annahme. Die Aufbringung der Mittel beantragt der Haushaltsausschuß durch Aufschlag auf die direkten Steuern des laufenden Jahres aufzubringen. Der Magistrat hat beschlossen, die aufkommenden Zinsen des Fonds für vorbeugende Armenpflege von rd. 1700 Mk. jährlich bis auf weiteres der Armendirektion zur Verwendung als einmalige Unterstützung außerhalb des Rahmens der öffentlichen Armenpflege zu überweisen. Die Versammlung stimmt dem zu.

Für den Etat der Feuerwehr werden verschiedene Posten nachbewilligt, für das Gas- und Wasserwerk gleichfalls namhafte Beträge, desgleichen für das Riebeckstift.

Zur Beschaffung einer Pumpe für die Grube Karl Ernst werden 14 155 Mk. bewilligt. —

Ein Antrag der mehrheitssozialistischen Partei, die Frage der

### Haus- und Krankenpflege

in der Stadt Halle dem Sozialen Ausschuß zur Prüfung und Ausarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Ausgestaltung zu überweisen, wird von Frau Stadtv. Winner (Unabh.) begründet. Redneein bleibt am Pressetisch vorwiegend unverständlich.

Stadtrat Tepelmann wendet sich gegen die Ausführungen, die den Anschein erwecken könnten, daß die Haus- und Krankenpflegeverhältnisse in Halle zu wünschen übrig ließen. Das ist durchaus nicht der Fall. Es ist im Gegenteil hier sehr viel in dieser Richtung geschehen, und es ist selbstredend, daß auch künftig ausreichende Hilfe zur Hand sein muß. Was bisher geschehen ist, genügte vollauf. Wir sind dem Verein für Haus- und Krankenpflege, der sich seinen Aufgaben seit 1906 in so segensreicher Weise gewidmet hat, für seine selbstlose, aufopfernde Tätigkeit warmen Dank schuldig. Es sind mir niemals berechtigte Klagen zu Ohren gekommen, ich möchte das gegenüber den Klagen in einem Teil der Presse ausdrücklich feststellen. Gewiß ist es wahr, daß die Hauspflege in letzter Zeit weniger in Anspruch genommen ist. Das rührt daher, daß unsere Hausfrauen eine gewisse Scheu haben, sich in ihren Haushalt hineinsehen zu lassen. Ich glaube nicht, daß, wenn die Einrichtung offiziell städtisch wird, diese Scheu nachlassen würde, im Gegenteil. Ich möchte darauf hinweisen, daß nach einer Umfrage fast alle deutschen Städte die Haus- und Krankenpflege Vereinen überlassen haben. Meiner Ansicht nach sind gerade die persönlichen Momente in diesem Falle von solcher Bedeutung, daß die Aufgabe am besten in Händen der freien Liebestätigkeit liegen bleibt, anstatt schematisiert und, was sehr nahe liegt, bürokratisiert zu werden. Ich glaube nicht, daß die Kranken künftig besser fahren würden. Wo sollte, um nur ein Beispiel aus der Praxis zu nennen, die Einmeldung nach Büroschluß erfolgen? Jetzt machen sich die Aufsichtsdamen auch spät nachts noch auf den Weg, um in die Häuser zu gehen. — Stadtv. Fräulein Schrecker (Dem.) betont, daß der Verein auch ihrer Ansicht nach seiner Pflicht durchaus genügt hat, und spricht sich auch gegen die Kommunalisierung aus. — Stadtv. Busse (Deutschnational): Ich schließe mich dem Danke des Magistrats an den Verein warm an. Auch wir sind gegen die Kommunalisierung. Der Antrag ist ja in Wirklichkeit nichts weiter als eine Nummer im Kommunalisierungsprogramm der Linken. Der Verein hat bis jetzt in jeder Weise segensreich gewirkt; sachlich haltbare Argumente wird man gegen ihn nicht vorbringen können. Was er wirkte, das tat er aus reiner Nächstenliebe, aus Liebe zur Menschheit, aus Liebe zu den Bedürftigsten, und tat er ohne eigenen Nutzen, meist völlig umsonst, im anderen Falle gegen geringstes Entgelt.

Die Aussprache zieht sich in die Länge; die Berichterstattung am Pressetisch wird um 7,30 Uhr eingestellt.

## Der Kilian-Prozeß

Zeuge Hartung wird dem Zeugen Dietz gegenüber gestellt. Hartung: Schon Ende Januar bestand die Absicht,

**Verbindung mit Leipzig aufzunehmen,**

zur Unterstützung für den Kampf gegen die Artillerie. Daraus wurde aber damals nichts. Anfang Februar wurde dasselbe von neuem versucht, diesmal aber mit mehreren Städten, wie Erfurt, Braunschweig usw. Die Triebfeder war Ferchlandt. Eines Tages brachte ich

**Schießstein,**

einen gewissen Georg Schießbach — es ist möglich, daß es Eichhorn gewesen ist —, und eine Sekretärin von Leipzig mit nach Halle. Wir waren zuerst im Wettiner Hof. Ferchlandt sagte da: „Hier ist es viel zu gefährlich. Ein Herr hat uns schon beobachtet. Wenn jemand etwas bemerkt hat, sind wir verloren. Wir gingen dann in die Charlottenschule. Schießstein führte den Vorsitz in der Verhandlung, an der auch u. a. Mitglieder der kommunistischen Partei teilnahmen; ich glaube Dominski und Paetz. Die Aussagen über diese Besprechung decken sich im allgemeinen mit den Aussagen des Zeugen Dietz. Dietz bestreitet aber oder will es wenigstens nicht gehört haben, daß Ferchlandt geäußert hat: Jetzt sind wir verloren. Wenn so eine Aeußerung gefallen wäre, wäre er sofort weggegangen, da er keine Lust hatte, irgend welchen faulen Zauber mitzumachen. Hartung: Am Abend desselben Tages, an dem die Besprechung in der Charlottenschule stattgefunden hatte, waren wir mit den Herren aus Leipzig im Hotel Stadt Dresden. Dietz war auch dabei und hat an Schießstein Fahrscheine um Ausweise ausgegeben. Dietz: Das ist nicht wahr, das ist eine Lüge. In dem Hotel Stadt Dresden saßen die drei Herren aus Leipzig an einem Tisch für sich. Ich saß mit Hartung Paetz zusammen an einem anderen Tisch. Da die beiden sich äußerst unmanierlich benahmen, habe ich nur ein Glas Bier getrunken und bin dann wieder weggegangen. Ich betone, daß ich Ausweise und Fahrscheine weder geschrieben noch an Schießstein ausgegeben habe. Ich weiß allerdings, daß Ferchlandt welche geschrieben hat. Hartung: Soviel ich weiß, fuhr Schießstein dann nach Braunschweig. Als ich verhaftet war, und von dem S.-Rat vernommen wurde, sagte ich u. a. aus, daß an Schießstein Fahrscheine und Ausweise ausgegeben worden waren. Dietz, der bei der Sitzung dabei war, sagte daraufhin: „Ich sehe hier verschiedenen Herren Kopfschütteln. Ferchlandt hat das nur getan, um hinter die Pläne der Kommunisten zu kommen." — Meine Mutter ging, als ich vom S.-Rat weiter festgehalten wurde, zu Dietz und fragte: „Hat denn der S.-Rat irgend welches Interesse daran, mich beiseite zu bringen?" Dietz antwortete: „Wenn Sie nicht ruhig sind, dann kommen Sie auch dahin, wo Ihr Sohn hingekommen ist." Der Zeuge Dietz will sich dieser Worte nicht mehr entsinnen können. Verteidiger Rechtsanwalt Müller: Ist es richtig, daß Ferchlandt bei der Besprechung mit Schießstein ganz überrascht war, und daß darauf hin ein Streit zwischen Schießstein und Hartung entstand, da in Hölle der Boden für Unternehmungen noch nicht genügend vorbereitet sei? Hartung: Ferchlandt tat immer überrascht, er hat nie Farbe bekannt. Er tat nach außen immer sozialistisch und wußte von nichts. Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld: Der Zeuge Henne hat unter Eid ausgesagt, daß Ferchlandt zu Schießstein gesagt hat: „So etwas gibt es hier nicht. Das haben wir nicht nötig." Der Staatsanwalt bittet darauffhin, daß der Zeuge Henne dem Zeugen Hartung gegenüber gestellt wird. Der Vorsitzende erklärt, daß der Zeuge Henne nochmals geladen werden wird. Der Angeklagte fragt den Zeugen Dietz: Entsinnen Sie sich, daß Sie mir vor der „Goldenen Kugel" sagten, — es war Anfang Februar —: „Ich bin einer Verschwörung auf der Spur, unter dem Namen „Blaukreuz-Verein" haben sich Leute zusammengetan, die den führenden Sozialdemokraten an den Kragen wollen. Auf Ihren Kopf, Kilian, sind 20000 Mark gesetzt." Dietz weiß davon nichts. Der Zeuge Weider erklärt, er habe diese Aeußerung gemacht. Darauf wird der Zeuge Willi Paetz vernommen. Paetz war Mitglied der Matrosenkompagnie, obwohl er bei der Kavallerie gedient hatte.

Hartung erklärt, daß Paetz, der übrigens ein Mitglied der Kommunistischen Partei ist, auf Empfehlung der Militärkommission in die Matrosenkompagnie aufgenommen wurde. Paetz war öfters mit Hartung unterwegs und erzählt von der Tätigkeit in Leipzig. Die Ausweise und Fahrscheine hierzu waren von Ferchlandt unterschrieben. Paetz meint allerdings, daß die Unterschrift auch gefälscht sein könnte. Dem entgegnet Hartung: „Die Unterschrift hatte Ferchlandt gegeben, ich selber hatte 10 bis 12 Blankoformulare mit der Unterschrift Ferchlandts in der Tasche. Einmal kam Paetz zu mir und sagte: „Gib mir schnell die Fahrscheine zurück, man will Ferchlandt an den Kragen." Ich habe einen Teil zurückgegeben, mir aber noch etwa drei zurückbehalten." Bezüglich der für das sittliche Niveau dieser Herren ist folgende Erzählung des Zeugen Paetz: Als ich im Roten Turm auf Wache war, kam jemand zu uns gelaufen und sagte: Hartung ist im Schlamm Nr. . . ., macht dort Krach und bedroht die Frauen mit Handgranaten. Wir sollen kommen und Hilfe bringen. Ich ging dann hin, fand den Hartung auch da, der Handgranaten bei sich hatte, und habe ihn daraufhin verhaftet. Hartung bestreitet, daß er mit den Handgranaten irgend jemand bedroht hätte.

Es wird nunmehr der Zeuge Gierhold vernommen, bekannt aus dem Prozesse gegen die Mörder des Oberstleutnants von Klüber. Kilian hatte angegeben, daß dieser Zeuge im Gefängnisse einem anderen Gefangenen erzählt habe, auf Kilian sei ein Anschlag geplant gewesen. Zeuge bekundet, daß vor dem Streik ein Mann in der Uniform der Artillerie und mit Achselstücken, Kurt Höbel, den er auf der Fahrt nach Querfurt auf dem Bahnhofe zu Merseburg getroffen habe, ihn gebeten habe, zu einer Fahrt nach Berlin einen Chauffeur zu besorgen. Die Fahrt sollte über Gräfenhainichen gehen. Hier ausgestiegen werden und bei der nun anzustellenden Schießerei Kilian um die Ecke gebracht werden, genauer: ein Mann, dessen Photographie Höbel vorzeigte, und der mit Kilian Aehnlichkeit hatte. Aus der Sache ist aber nichts geworden, trotzdem Gierhold gesagt hatte, er werde das Auto führen.

Der nächste Zeuge ist Bruno Böttge, Parteisekretär der U. S. P., der am 1. März nach dem Eingange der Landesjäger vom Balkon des Rathauses eine Ansprache gehalten hat, die seiner Meinung nach beruhigend gewesen sei; von anderer Seite ist früher behauptet worden, Böttge habe äußerst hetzerisch gesprochen und Kilian habe daneben gestanden. Befragt, erwidert der Zeuge, Kilian sei zuerst nicht dabei gewesen; er habe Kilian erst gesehen, nachdem dieser den Leutnant Schmidt gerichtet habe. Auch von dem Flugblatt „Ordnung oder Gewalt" weiß der Zeuge nichts, auch nicht, wer es verfaßt hat. Böttge hat Leutnant Schmidt am 1. März nach dem „Gambrinus" gebracht; dessen Wirt damals der Kommunistischen Partei angehörte. Als Leutnant Schmidt gebeten hatte, ihn gleich nach der Artilleriekaserne zu begleiten, hatte Böttge sich geweigert und gesagt, wenn er mitkäme, sei er erledigt. Der andere Begleiter nach dem „Gambrinus" war der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes zu Merseburg, Franz Herwig, der als Zeuge bekundet, Böttge habe am 1. März beruhigend gesprochen; wer sonst noch dort gewesen ist, weiß Zeuge nicht. Er hat aber mit angesehen, wie die Landesjäger angegriffen wurden und gesagt, es würde eventuell am Sonntag durch die Wahlen die Antwort darauf gegeben werden, daß die Bürgerlichen die Landesjäger beorgt hätten. — Der Zeuge Paul Langer bekundet die bekannten Vorgänge auf dem Marktplatze am 1. März nach dem Eingange der Landesjäger.

Sodann wird der Parteisekretär der U. S. P. Julius Hildebrandt vernommen, der auf dem Balkon war, als Böttge redete. Auch dieser Zeuge hat Kilian nicht gesehen und kann auch über das Flugblatt „Ordnung oder Gewalt" nichts sagen, auch weiß er weder etwas von einer Bewaffnung der Arbeiter noch davon, daß Waffen nach Ammendorf geschafft worden sind. — Der nächste Zeuge Frecke ist am 1. März auch auf dem Marktplatze gewesen und erkannt heute in Böttge den Redner des Tages; er sagt, Böttge habe in äußerst hetzerischer Weise gegen die Regierungstruppen gesprochen. Kilian sei auch da gewesen und habe gesagt, sie sollten sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen. Als Kilian aber ausgesprochen habe, sei man über die Landesjäger hergefallen. Eine andere, Kilian belastende Aussage stellt der Zeuge auf einen Einwurf Kilians dahin richtig, daß er sich geirrt haben könnte. — Als letzter Zeuge bekundet das frühere Mitglied des Mittleren Arbeiterrates August Chemnitz, daß Böttge am 1. März die Rede gehalten habe, daß Kilian nicht dabei gewesen sei, wenigstens habe er ihn nicht gesehen. Kilian sei dafür eingetreten, die Sache gegen den Magistrat nicht auf die Spitze zu treiben, habe auch dagegen protestiert, daß Matrosen den Oberbürgermeister festsetzen sollten und sei auch gegen eine Bewaffnung der Arbeiter gewesen. Er (Kilian) habe gesagt: Wir müssen später alles verantworten. Zeuge hält es für möglich, daß er seiner politischen Anschauungen wegen nicht alles hören sollte.

Hierauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

## Deutschnationale Volkspartei Halle-Saalkreis

Am Dienstag abend findet im „Ratskeller" die Begrüßung der zum Landesparteitag erschienenen Gäste statt. Wir bitten unsere Mitglieder, mindestens aber den Vorstand und den Großen Ausschuß, wenn irgend möglich die Gäste durch ihr Erscheinen ehren zu wollen.

*

Schüler, die sich am Landesparteitage im Nachrichtendienst zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich in der Geschäftsstelle zu melden.

— **Akademische Nachrichten.** Nachdem Prof. K. Vossler (München) den Ruf auf den Lehrstuhl der romanischen Philologie an der Universität Berlin als Nachfolger des Geh. Reg.-Rats Ward abgelehnt hat, wurde, wie wir hören, nunmehr dieser Lehrstuhl dem ord. Professor an der Marburger Universität Dr. Edward Wechsler angeboten. Prof. Wechsler, ein geborener Württemberger (geb. 1869 zu Ulm a. D.), erwarb 1898 in Halle den Doktorgrad und erwirkte zwei Jahre später ebenda seine Zulassung als Privatdozent. Im Sommer 1901 vertrat Wechsler das Ordinariat der romanischen Philologie in Marburg, erhielt später das Prädikat Professor sowie einen Lehrauftrag in Marburg, wo er 1904 zum Extraordinarius und 1909 zum ordentlichen Professor als Nachfolger Alfons Kitzners ernannt wurde.

— **Der Postverkehr mit Riga, Wenden und Walmar ist wegen Unterbrechung der Strecke Mitau-Riga auf unbestimmte Zeit eingestellt.** Die Post für Libau wird wegen Unterbrechung der Strecke Preußen-Libau bis auf weiteres über Stockholm geleitet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911251-12/fragment/page=0003

— **Die Hallesche Liedertafel**, gegründet 1834, trat Ende Oktober mit einer Abendunterhaltung und Tanz in die neuen regelmäßig stattfindenden Konzert- und Gesellschaftsabende ein. Das Programm brachte wertvolle a Cappella-Chöre, die unter der bewährten Leitung des Liedermeisters Bruno Heydrich dargeboten wurden. Als Solisten zeigten drei Mitglieder des Vereins, Georg Stamm (Tenor) in 3 Liedern, Maria Heydrich (Sopran) in 3 Liedern, Reinhard Heydrich in 2 Solostücken für Violine, daß sie in den letzten Jahren eine schöne, künstlerische Leistungsfähigkeit errungen haben. Mitte November fand die Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Bankier Willy Schumann, wurde wiedergewählt. Mitgliederzuwachs ist erfreulicherweise zu verzeichnen. An Aufführungen sind geplant: Am 7. Dezember und am 8. Februar 1920 Konzert und Ball; am 10. März Abendunterhaltung und Tanz; am 28. April Stiftungsfest. Die Uebungen finden fortan Mittwochs in der „Loge zu den 5 Türmen" um ½9 Uhr abends statt. Meldung neuer Mitglieder beim Vorstand.

— **Preisausschreiben.** Der „**Verein für soziale Verständigung in Halle**" sucht für seine Wochenschrift „Die Pflicht", die für alle Berufsstände Mitteldeutschlands bestimmt ist, Erzählungen, die der Anschauungswelt der Arbeiterschaft angepaßt sind, deutsche Gemütstiefe und Innerlichkeit wieder zu beleben suchen und auf Ueberwindung sozialer Zerklüftung hinzielen. Umfang bis zu 20 Seiten der „Pflicht"; Ablieferungstermin 1. Dezember. Drei Preise sind ausgesetzt: 500, 300 und 150 M. Die ausgezeichneten Arbeiten gehen in den Besitz des Vereins über, der sie zum Honorar von 25 Pfg. die Druckzeile in seiner Wochenschrift veröffentlicht. Alle Anfragen und Zusendungen sind zu richten an die Schriftleitung der „Pflicht" in Halle (Saale), Richard Wagnerstraße 34.

— **Der Volkskindergarten in der Bethke-Lehmann-Stiftung** beabsichtigt zum 1 Dezember einen Zweiabteilungsgarten in der Kinderlehrhalle, Giebichensteinerstr. 6, einzurichten, der wöchentlich von 8—12 Uhr geöffnet ist. Es können Kinder im Alter von 3—6 Jahren aufgenommen werden. Wie in der Burgstraße, wird auch hier eine Vermittlungsklasse eingerichtet werden. Auf die Bedeutung des Kindergartens als Unterbau zur Einheitsschule sei erneut hingewiesen. Auskunft und Anmeldungen wochenäglich 9—12 Uhr im Kindergartenhaus Burgstr. 45.

*

— **Stadttheater.** Gestern, Montag abend fand wegen Vorbereitung zu der Oper „Das Christelflein" keine Vorstellung statt. Am Dienstag wird der angekündigte Pfitzner-Lieder-Abend gegeben. Allerdings ist es nicht möglich gewesen, die ursprünglich vorgesehene Solistin, die wegen Verkehrsschwierigkeiten am Sonnabend nicht eintreffen konnte, für diesen neuen Termin zu gewinnen. Um jedoch das Programm des Pfitzner-Zyklus durchführen zu können, werden eine Anzahl hier völlig unbekannter Pfitzner-Lieder unter Begleitung des Meisters durch Kammersänger Oskar Bolz und Dina Wahlendorff zum Vortrag gebracht werden. Eine wertvolle Bereicherung des Programms ist aber insofern erreicht worden, als es gelungen ist, Herrn Professor Heinrich Kiefer, (Dresden), einen der bekanntesten Interpreten Pfitznerscher kammermusikalischer Werke zu gewinnen, der in Gemeinschaft mit dem Tonschöpfer dessen Cello-Sonate zum Vortrag bringen wird. Mittwoch, den 26., 3. Veranstaltung im Pfitzner-Zyklus „Das Christelflein", Spieloper in zwei Akten. Musikalische Leitung Prof. Dr. Hans Pfitzner als Gast, Spielleitung Leopold Sachse, Bühnenbilder und Kostüme nach Entwürfen von Paul Thiersch. Die Titelpartie singt Anna Enghardt, die übrigen Hauptpartien liegen in den Händen der Damen Voß, Grawi, der Herren Barck, Baron, Ernesti, Kerzmann, Rösler, Diedemann, Westernhagen. Beginn der Aufführung 7½ Uhr. Donnerstag, den 27., 4. Vorstellung im Pfitzner-Zyklus Orchester-Konzert unter Leitung von Prof. Dr. Hans Pfitzner. Solisten: Bertrand Weinel, Dresden, Wilhelm Guttmann, Berlin, Prof. Dr. Hans Pfitzner wird die 4. Sinfonie d-moll von Schumann und die 7. Sinfonie von Beethoven zum Vortrag bringen. Frieda Weinel singt 6 Orchesterlieder „Verrat" und „Sonst", Herr Guttmann die Orchesterlieder „Der Trompeter", „Zorn" und „Klage". Leider muß für Dienstag, Mittwoch und Donnerstag das Abonnement aufgehoben werden. Um jedoch den gelösten Tagesstammkarteninhabern entgegenzukommen, werden Eintrittskarten zu den Pfitzner-Veranstaltungen an Stammkarten-Inhaber gegen Erstattung der Preisdifferenz abgegeben. Die Tagesstammkarte ist in diesem Fall vorzuzeigen. Die für den abgelaufenen Pfitzner-Liederabend am Sonnabend, den 22. gelösten Eintrittskarten werden an der Kasse gegen Erstattung des Preises zurückgenommen. Freitag „Don Carlos" in neuer Einstudierung. Sonnabend „Tosca", Sonntag, den 30. vormittags „Das Drama der Jugend in Deutschland". 2. Vortrag von Privatdozent Dr. Wolfgang Liepe „Die romantische Jugendbewegung", es folgt das romantische Drama in der Woche darauf „Der Tod des Empedokles" von Hölderlin.

# Provinz Sachsen

## Die Lage in Bitterfeld

W. T. B. Bitterfeld, 24. November.

Bei der großen Bedeutung, die die Bitterfelder Werke, insonderheit das hiesige Fernkraftwerk, auch für Berlin haben, ist es unbedingt erforderlich, daß hier alle Arbeitsstörungen vermieden werden. Da sich in letzter Zeit etliche grundlose Meinungsverschiedenheiten zwischen den Betriebsleitern und einem Teil der Arbeiterschaft zeigten, und da Angeichen dafür sprechen, daß solche Meinungsverschiedenheiten zu Gefährdungen dieser lebenswichtigen Betriebe führen könnten, werden, soweit dies erforderlich ist, alle notwendigen Maßnahmen getroffen. Es bleibt im übrigen zu hoffen, daß die Arbeiterschaft sich auch die notwendige Arbeitsdisziplin festzuhalten bzw. wiedergewinnen wissen wird.

*

## Eine neue Verfassung für den Freistaat Gotha

o. Gotha, 24. November.

Der Landesversammlung für den Freistaat Gotha ging der Entwurf einer Verfassung zu, welche sich in wesentlichen Punkten von dem früheren Entwurfe dadurch unterscheidet, daß der Gedanke einer Räeverfassung fallen gelassen ist. Die grundlegenden Bestimmungen sind folgende: Das Land Gotha ist eine Republik im Verbande des Deutschen Reiches, wie dieses sich als Staat durch den Willen der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung mit der Reichsverfassung vom 11. August 1919 konstituiert hat. Der Staat regelt seine Geschäfte selbständig und unabhängig von dem Staate Koburg. Die Republik Gotha ist entschlossen, den Aufbau des Staates Thüringen im Rahmen des Artikels 18 der Reichsverfassung und des Gesetzes über den Zusammenschluß der thüringischen Staaten zu fördern. Die auf Grund des durch die Volksbeauftragten erlassenen Wahlgesetzes des Arbeiter- und Soldatenrates gewählte Landesversammlung ist gesetzgebende Körperschaft. Sie wird durch die Landesregierung (Volksbeauftragte) berufen. Ihre Beschlüsse erlangen Gesetzeskraft durch die Veröffentlichung in der Gesetzessammlung für den Staat Gotha. Die bisher durch die Volksbeauftragten bezw. den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates verkündeten Gesetze und Verordnungen sind Gesetze und Verordnungen im Sinne dieses Gesetzes. Die im Verlauf der Revolution durch den Arbeiter- und Soldatenrat gebildete und von der Landesversammlung bestätigte Landesregierung übt die vollziehende Gewalt aus. Die Regierung besteht aus drei Mitgliedern, die die Dienstbezeichnung „Volksbeauftragte" führen. Sie bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Arbeiterrates und der Landesversammlung. Die Landesregierung bildet aus dem bisherigen Ministerium mit der erforderlichen Anzahl von Vorstehern, Hilfsarbeitern und Beamten die Zentralverwaltungsbehörde des Landes, die in gesonderten Abteilungen oder Landesämtern tätig ist. Die Bildung unterliegt der staatsrechtlichen Genehmigung der Landesversammlung. Die Landesregierung tritt in die Befugnisse der landesherrlichen Gewalt. Die öffentliche Bildung (Unterrichts- und Erziehungswesen) unterliegt der Gesetzgebung und der Förderung der Staaten. Das Staatsgrundgesetz vom 3. Mai 1852 gilt als aufgehoben.

Dieser Entwurf hat eine nicht uninteressante Vorgeschichte. Nachdem in zwei Entwürfen der Gedanke der Räterepublik vorherrschend gewesen war, befaßte sich im vergangenen Sommer der Parteitag der U. S. P. im Freistaat Gotha mit der Verfassungsfrage, und er faßte mit einer überwiegenden Mehrheit den Beschluß, die Volksbeauftragten zu beauftragen, der Landesversammlung einen neuen Entwurf vorzulegen, und von der Fraktion wurde gefordert, daß sie diesem zustimme. An die Form des damaligen Entwurfes erinnert eigentlich nur noch die Bestimmung, daß die Volksbeauftragten des Vertrauens des Arbeiterrats und der Landesversammlung bedürfen. Mit dieser Bestimmung scheint man den Arbeiterrat in der Verfassung festlegen zu wollen.

× **Zörbig**, 24. Nov. (Leistung eines Blinden.) Auf dem nahegelegenen Petersberge kam unlängst ein erblindeter Mann aus Cöthen zu Fuß an infolge einer Wette. Er erhielt 800 M. für die Zurücklegung des 20 Kilometer langen Weges ohne Führung. Vorübergehende durfte er befragen. Die Teilnehmer an dieser Wanderung traten die Rückkehr mittels Wagens an.

— **Eisleben**, 24. Nov. (Deutschnationale Fortschritte.) Schriftsteller Kurt Diete hat in diesem Sommer und Herbst fast 50 Vorträge im Mansfelder Seekreise gehalten und über 5000 Zuhörer gehabt, die seinen stets streng sachlichen und mit reichem Geschichts- und Tatsachenstoff belegten Ausführungen bis zum Ende ohne Störungen lauschten. Es wurden Ortsgruppen der Deutschnationalen Volkspartei gegründet in Friedeburg a. S., Aisleben a. S., Salzmünde, Belleben, Müllerdorf und Gerbstedt, die heute zusammen über 300 Mitglieder zählen und überwall Mittelständler an ihrer Spitze haben. Weitere Ortsgruppengründungen folgen. Die Partei zählt im Seekreise heute über 1400 fest organisierte Anhänger.

× **Raguhn**, 24. Nov. (Bestätigtes Urteil.) Dem an der Ermordung des hiesigen Schweinehändlers Reitz beteiligten 20jährigen Arbeiter Paul Koßmann aus Dessau wurde vom amtshaltischen Schwurgericht die wegen Formfehlers aufgehobene Zuchthausstrafe von 10 Jahren abermals zuerkannt. Der Mörder Holzmann wird nicht hingerichtet werden, da man in Anhalt Todesurteile nicht vollstreckt.

# Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Nachrichten des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Halesche Zeitung" gestattet

## Industrie, Handel Handwerk,

* **Deutsche Zucker-Industrie.** Eine Umfrage der Abteilung der Rohzuckerfabriken des Vereins der deutschen Zucker-Industrie ergibt folgende Daten: In Betrieb befinden sich 1919/20 264 Fabriken (1918/19: 281), die Rübenverarbeitung wird voraussichtlich betragen 50 441 000 (69 498 034) D.-Ztr., die Zuckererzeugung 7 758 000 (10 632 269) D.-Ztr., mithin ist ein Ausfall an Rüben von 27,4 Prozent, an Zucker von 27,03 Prozent zu verzeichnen. Im Acker befinden sich noch Rüben in der Provinz Sachsen von 65 331 Hektar Areal 21 938 Hektar = 33,2 Prozent. In anderen Gebietsteilen Deutschlands sind es zum Teil sogar noch 62,9 Prozent. 33 Fabriken haben die Rübenverarbeitung auf Zucker nicht aufgenommen. Wir hoffen, daß es durch das jetzige milde Wetter noch gelingen wird, einen Teil der Rübenernte zu retten.

* **Wagenstellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. d. Saale (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 21. d. M. für Kohlen, Koks und Naßpreßstein gestellt 4648 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 829 Wagen zu 10 To.

## Aktiengesellschaften

**Pünche u. Berner, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik in Diemitz bei Halle.** Die Generalversammlung beschloß im Interesse einer größeren Beweglichkeit das Kapital von 500 000 Mk. auf 750 000 Mk. zu erhöhen. Auf je zwei alte Aktien wird den Aktionären eine junge Aktie mit Dividendenberechtigung ab 1. Oktober 1919 zu 100 Prozent mit 5 Prozent Aufschlag angeboten. Die Dividende wurde auf 12 (20) Prozent festgesetzt.

**Ilseder Hütte.** Der mit der Staatsregierung abzuschließende Vertrag wurde nach schärfster Kritik an dem Verhalten der Reichsregierung mit folgender Erklärung genehmigt: „In der Erwägung, daß der mit dem Reiche vorgesehene Vertrag als das einzige Mittel erscheint, um der angekündigten Verstaatlichung zu entgehen, in dieser aber für die Allgemeinheit kein Vorteil und für die Aktionäre ein schwerer Nachteil zu erblicken wäre, nimmt die Generalversammlung von dem Vertrag trotz schwerer Bedenken zustimmend Kenntnis." Hierauf wurde auch die Kapitalserhöhung gegen die Stimmen dreier Aktionäre beschlossen.

## Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse zeigte im allgemeinen das gleiche Bild der Unentschiedenheit und Unsicherheit wie in den letzten Tagen der Vorwoche. Die Besserung der Markbaluta war ohne erkennbaren Einfluß. Auslandsaktien, sowie auch Kolonial- und Petroleumwerte setzten höher ein, insbesondere Steaua Romana, Schantung und Kanada. Letztere verloren allerdings später unter lebhaften Schwankungen einen Teil des Gewinnes. Nur Deutsch-Ueberseer-Elektrische büßten etwa 25 Prozent ein, wovon ein Teil später wieder eingeholt wurde. Im übrigen gestaltete sich der Verkehr ruhiger, wobei die Unklarheit bezüglich der Rückreise Simons von der deutschen Abordnung aus Paris angeblich eine Rolle spielte. Kursbesserungen hatten durchaus das Uebergewicht. Lebhafte Käufe vollzogen sich in Phönixaktien, die nach anfänglicher Abschwächung gegen Sonnabend 4 Prozent gewannen. Ferner lagen Farbwerte meist höher, Badische Anilin sogar um mehr als 20 Prozent. Einzelne Spezialwerte, wie Thaler Eisenhütte und festverzinsliche Papiere befestigten sich meist, namentlich deutsche Anleihen. Oesterreichische Anleihen waren kaum verändert, ungarische eher fester.

**Produktenbericht.** Am Produktenmarkt war die Haltung für Hafer unentschieden. Die Käufer beobachteten Vorsicht. Die Angebote auf Abladung finden nur schwer Unterkommen. Allerdings hört man nichts von einer Nachgiebigkeit der Verkäufer. Der starke Begehr nach Erbsen hielt an. Die Preise behaupteten ihren hohen Stand. Dasselbe gilt für Bohnen. Peluschken, Pferdebohnen und Wicken hielten sich wiederum höher. Feste Haltung bewahrten auch Lupinen und Serradella. Heu und Stroh wurde preisfest zu höheren Preisen umgesetzt. Für Rübensaat zeigte sich mehr Interesse.

**Haternotierungen:**

Berlin, 24. Novbr. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mk. loko ab Bahn 1800—1820, loko ab märkischen Stationen —. Tendenz ruhig.

**Auszahlungen.**

| Berlin, 24. November. | Geld | Brief | | Geld | Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland | 1609,50 | 1612,50 | Oesterreich abgst. | 28,45 | 28,55 |
| Dänemark | 860,25 | 861,75 | Prag | 75,90 | 76,10 |
| Schweden | 951,75 | 953,25 | Ungarn | 32,45 | 32,55 |
| Norwegen | 924,25 | 925,75 | Spanien | 824,25 | 825,75 |
| Schweiz | 764,25 | 765,75 | Finnland | 142,25 | 142,75 |
| Oesterreich | 32,20 | 32,30 | | | |

**Auslandsnotierungen:**

Chikago, 22. November. Weizen: November —. Mais: Dez. 131,1/8, Mai 126,1/4, Juli 125,1/8, Sept. 124,3/8. Schmalz: Nov. 24,07, Januar 23,50, Mai 23,30. Pork: Dezbr. 33,20, Januar 31,75. Speck: Dezember 18,67½, Januar 18,17½. Hafer: Dezember 72,5/8, Januar —, Mai 75,75.

New-York, 20. November. Winter- und Sommerweizen: 237,00. Mais: loko 160,25. Mehl: 9,25—10,25. Schmalz: 25,47. Zucker: — Kaffee: 15½.

**Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:**

| Deutsche Werte | | | |
|---|---|---|---|
| 4% Deutsche Schatzscheine VI—IX | 75,— | | |
| 5% Deutsche Reichsanl. | 77,75 | | |
| 4% „ „ | 66,25 | | |
| 3% „ „ | 61,— | | |
| 3 „ „ | 62,10 | | |
| 4 Preuss. Konsols | 62,— | | |
| 3½ „ „ | 54,75 | | |
| 3 „ „ | 54,75 | | |
| 4 Charl. Stadtanl. 8699 | 36,20 | | |
| 4 Magdeb Stadtanl. 9106 | —,— | | |
| 4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe | 96,50 | | |
| 4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe | 94,80 | | |
| 4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911 | —,— | | |
| 4½ Dessauer Gas-Oblig. | —,— | | |
| 4 „ „ | —,— | | |
| **Ausländ. Werte** | | | |
| 4 Oesterr. Rente | 30,— | | |
| 4 Ungar. Gold-Rente | 66,75 | | |
| 4 Ungar. Kronen-Rente | 36,25 | | |
| **Eisenbahn-Aktien:** | | | |
| Halberstadt Blankenb. | 82,— | | |
| Halle-Hettstedter | 67,50 | | |
| Schantungbahn | 235,50 | | |
| Allg. Lokal-Str | 144,— | | |
| Gr. Berl. Str. | 112,75 | | |
| Magdeburger Str.-B. | —,— | | |
| Lux. Prinz Heinrich.-B. | 590,— | | |
| Orientbahn | 305,— | | |
| **Schiffahrts-Akt.:** | | | |
| Hambg. Paketfahrt | 115,25 | | |
| Hambg.-Südamerika | 216,— | | |
| Hansa Dampfschiff | 226,25 | | |
| Nordd. Lloyd | 119,1/8 | | |
| **Banken:** | | | |
| Bank für Thür. | 150,50 | | |
| Berl. Handelsges. | 160,— | | |
| Comm u. Diskontobank | 185,50 | | |
| Darmstädter Bank | 119,— | | |
| Dess. Landesbank | —,— | | |
| Deutsche Bank | 251,— | | |
| Diskonto-Comm. | 176,50 | | |
| Dresdner Bank | 148,— | | |
| Credit-Anst. Leipzig | 137,50 | | |
| Mitteld. Kreditbank | 129,— | | |
| Privat-Bank | —,— | | |
| Nationalbank | 124,— | | |
| Oesterr. Kredit | 110,— | | |
| Reichsbank | 150,— | | |
| **Industrie-Aktien:** | | | |
| Schultheiss-Brauerei | 254,25 | | |
| Akt. f. Anilin | 299,75 | | |
| Allgem. Elektr.-Ges. | 228,— | | |
| Ammendorfer Papierf. | 522,— | | |
| Anhalter Kohlenw. | 230,— | | |
| Annaberger Steingut | 238,— | | |
| Badische Anilin | 488,— | | |
| Bergmann-Elekt.-Akt. | 170,25 | | |
| Berl. Masch.-Ban. | 235,50 | | |
| Bismarckhütte | 300,— | | |
| Bochumer Gußstahl | 228,— | | |
| Chem. Fabrik Buckau | —,— | | |
| Chem. Grieshein | 265,— | | |
| Chem. v. Heyden | 270,— | | |
| Consolidation Schalke | 255,— | | |
| Crölwitzer Papierfabr. | 216,50 | | |
| Daimler-Motoren | 250,— | | |
| Deutsch-Luxemburg | 196,— | | |
| Deutsche Ueberseee-El. | 150,— | | |
| Deutsche Erdöl | 469,— | | |
| Deutsche Gasglühl. | —,— | | |
| Deutsche Waffen | 194,75 | | |
| Deutsche Waff. u. Min. | 246,50 | | |
| Donnersmarkhütte | 157,— | | |
| Dürrnr u. Lehrmann | 124,50 | | |
| Dürkoppwerke | 344,— | | |
| Elberfelder Farben | 398,— | | |
| Felten u. Guilleanme | 248,1/4 | | |
| Gaggenau Deutz | 164,— | | |
| Gebhardt u. Co. | —,— | | |
| Gebhardt u. König | 192,25 | | |
| Gelsenkirch. Bergwk. | 272,— | | |
| Glanziger Zuckerfbr. | 85,— | | |
| Hallesche Masch.-Fabr. | 357,50 | | |
| Hanf. Masch. | 339,— | | |
| Harpener Berg | 217,25 | | |
| Hasper Eisen | 218,— | | |
| Hirmona Kupfer | 281,— | | |
| Höchster Farbw. | 353,50 | | |
| Hoesch Eisen u. Stahl | 235,— | | |
| Hohenlohe-Werke | 135,50 | | |
| Humboldt-Masch. | 110,— | | |
| Ilse-Bergbau | 359,75 | | |
| Kahla-Porzellan | 394,50 | | |
| Kalw. Aschersleben | 222,— | | |
| Körbisd. Zucker-Akt. | —,— | | |
| Kyffhäuserhütte | —,— | | |
| Lahmeyer u. Co. | 148,— | | |
| Landw. Bank d. Pr. Sa. | —,— | | |
| Lauchhammer | 189,— | | |
| Laurahütte | —,— | | |
| Linke u Hofmann | 350,— | | |
| Ludwig Loewe u. Co. | 297,— | | |
| Lothringer Hütte | 184,— | | |
| Mannesmannröhren | 210,— | | |
| Maschinenfabr. Buckau | 151,— | | |
| Oberschl. Eisenb.-Bed. | 104,— | | |
| do. Cato Berg. | 214,75 | | |
| do. Kokswerke | 151,— | | |
| Orenstein u Koppel | 230,— | | |
| Phönix-Bergb. | 291,— | | |
| Rhein. Metall-Vorz. | 315,— | | |
| Rhein Stahlwaren | 172,25 | | |
| Riebeck Montan | 378,— | | |
| Rombacher Hütten | 166,75 | | |
| Rositzer Brannk. | 2,0,— | | |
| Rositzer Zucker | 150,— | | |
| Sarrahütten Masch. | 250,— | | |
| Hugo Schneider u. Co | 216,25 | | |
| Schuckert u. Co. | 159,— | | |
| Siemens u. Halske | 248,— | | |
| Stettiner Chamotte | 225,50 | | |
| Stettiner Vulkan | 190,50 | | |
| Stollberger Zink. | 181,— | | |
| Strals. Spielkarten | —,— | | |
| Thale-Eisenhütte | 257,25 | | |
| Triptis-Akt.-Ges. | 183,— | | |
| Türkische Tabakregie | 253,— | | |
| Ver. Köln-Rottweiler | 238,— | | |
| Glanzstoff Elberf. | 735,— | | |
| Wegelin u. Hübner | 240,— | | |
| Wersch.-Weissenf. Brk. | —,— | | |
| Westeregeln-Alkali | 355,25 | | |
| Wittener Gußstahl | 340,— | | |
| Wrede-Mälzerei | 114,— | | |
| Zeitzer Masch. | 210,— | | |
| Zellstoff Waldhof | 218,— | | |
| Otavi-Minen | 350,— | | |

Tendenz: fest.

**Gewinn-Auszug**
der
**14 Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie**

8. Klasse — 14. Ziehungstag — 22. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 60000 M 101351
2 Gewinne zu 15000 M 47620
8 Gewinne zu 3000 M 50549 58796 68606 215669
72 Gewinne zu 3000 M 1832 3579 8546 7618 19688 26669 46315 50027 52474 54826 59877 61674 69288 79749 80778 83490 90813 102720 106794 106846 115269 130193 125895 145085 147301 147234 169836 168398 170477 184218 198197 201370 205065 213334 218839 221534 238638 37545 43249 43531 50807 62194 62595 67503 67812 70987 81755 81344 84331 91837 92503 94923 96949 97391 97407 106990 121179 128669 128379 134517 140036 141009 141422 141540 149744 152028 154249 155306 156543 161760 162462 163037 164466 169298 169273 171507 172412 173282 173984 176752 178499 181298 183876 185504 190469 191414 194949 198466 198771 200746 201280 202824 205572 214708 216798 221103 226764 233547

194 Gewinne zu 500 M 3951 4622 6193 8373 9888 9993 12544 14227 16254 16376 20829 22813 25578 29016 29432 29556 32093 37876 40171 42325 43417 47323 47656 52275 55618 60776 62560 66274 71206 71468 71592 72473 73852 74690 75588 76450 80286 82992 83326 85003 85586 87510 91628 94367 95871 97635 98656 99823 99978 104972 105552 108800 107277 108475 111850 120998 121916 121079 125826 129230 130498 131958 132517 133891 134903 142259 143735 144630 146718 147090 148683 151495 152419 155622 156984 163689 164318 168128 170743 180090 189981 194053 201393 203611 208471 211072 212338 215978 221510 222295 222355 222957 223515 226904 229571 233588

Ia der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 29534
10 Gewinne zu 5000 M 64682 97761 130664 172944 193826
90 Gewinne zu 3000 M 966 9606 12599 13914 15848 28816 34673 37402 44832 50762 79909 80300 90350 92816 96801 103194 108544 108098 108378 115318 115924 120623 121533 126174 127701 136681 142569 151967 151898 155470 157426 163851 169460 169603 171835 173832 185388 192215 192479 195500 205677 209209 210541 212637 217188 146 Gewinne zu 1000 M 3202 3977 8664 8842 10622 12387 14564 16009 18095 20043 20134 23712 24348 25863 26464 30063 30516 34192 37181 37234 38300 40440 45570 49315 51359 55057 55938 56778 61353 62898 74205 74777 77251 88860 95731 100719 104370 119370 119367 122898 112971 117478 126992 128505 134019 145330 149078 150855 152469 152931 155760 161509 161981 162399 164666 169899 179335 179929 180174 180953 186789 187746 192258 198831 204075 205590 206597 207480 210915 212911 226716 231379 231474

226 Gewinne zu 240 M 240 599 2192 2226 4149 4363 5094 6317 7267 8948 13915 20563 23591 24101 24557 25411 25798 26450 27902 28372 28772 34489 38618 38866 38912 43154 46174 47241 48976 49490 49541 49978 51869 54077 61401 71042 71150 71375 75569 77509 78702 79773 80959 81740 87584 93417 99174 100679 101742 102653 107478 111254 111939 114187 123987 124188 129976 129910 131741 133251 137369 139247 139376 144713 147145 154392 157448 158945 159211 160569 161531 162488 165853 167240 169186 169451 171342 173405 175430 176193 176345 177405 179717 179132 192441 192868 193307 198936 199149 199941 202420 205276 205677 208321 213870 215198 218709 220591 221972 223940 224419 224804 225486 225539 228139 228736 229015 230116 231445 233228 233802

Verantwortlich für Politik: Helmut Bütcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Max Kerber; Druck in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911251-12/fragment/page=0004